

(Zuruf aus der PDS-Fraktion: Ich möchte darauf hinweisen, daß ich mich auf die schriftliche Begründung zum Antrag bezo- gen habe.)

Sie haben vorhin auch gesagt, der Prozeß der Trennung der Spreu vom Weizen habe sich vollzogen. Wenn ich an meinen Wahlkreis denke, so ist mir kaum bekannt, ich könnte kein Bei- spiel anführen, daß dort ein ehemaliger Funktionsträger freiwillig im Wege der Aufhebung des Arbeitsrechtsverhältnisses die- ses gelöst hat. Es gab dort einige Fälle, die persönlich sehr be- dauerlich sind, die ich hier nicht zur Sprache bringen möchte. Solche Fälle hat es gegeben, aber den Prozeß der Selbstreini- gung im wohlverstandenen demokratischen Sinne hat es bisher nicht gegeben.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Es ist hier nicht ein Rundumschlag angesagt, aber es geht dar- um, daß wir die Frage stellen, ob diejenigen ehemaligen Angehö- rigen der staatlichen Dienststellen weiterhin in der Funktion verbleiben können, die sich durch einen vorausseilenden Gehor- sam als willfährige Diener des Herrn bekannt haben. Das Ver- fahren, daß die Prüfung der Weiterbeschäftigung zugrunde ge- legt wird, ist im Gegensatz zu kaderpolitischen Regelungen der Vergangenheit für jeden Betroffenen überschaubar. Die Be- diensteten des öffentlichen Dienstes werden in keiner Weise ausgegrenzt.

Dem Leistungsgrundsatz, der formal auch in der Vergange- heit bestanden hat und zu dem sich heute alle Fraktionen in die- sem Haus bekennen, entspricht eben, daß das Ausschreibungs- verfahren im öffentlichen Dienst Einzug hält. Dieses Verfahren sichert, daß Arbeitsplätze nach Qualifikation und Kompetenz be- setzt werden.

Ich gebe deshalb im großen und ganzen dem vorliegenden Entwurf meine Zustimmung. Ich bin auch beeindruckt worden durch die Hinweise, die in einzelnen Diskussionsbeiträgen ge- geben worden sind zur Verbesserung, auch was die Abfassung des Textes selber betrifft. Ich denke, es ist genug Raum in den Aus- schüssen, darüber zu befinden. Schönen Dank.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Stellvertreter der Präsidentin Gottschall:

Ich danke dem Abgeordneten Hacker und beende hiermit die Aussprache.

Meine Damen und Herren! Das Präsidium schlägt vor, den Ge- setzentwurf, verzeichnet in der Drucksache Nr. 78, zu überwei- sen zur federführenden Beratung an den Innenausschuß und zur Mitberatung an den Rechtsausschuß und den Ausschuß für Arbeit und Soziales.

Dann ist zusätzlich der Antrag von der Fraktion CDU/DA ge- kommen, diesen Gesetzentwurf in den Ausschuß für Verfas- sungs- und Verwaltungsreform zu überweisen. Ich möchte zu- nächst über diesen Zusatzantrag abstimmen lassen. Wer dafür ist, daß dieser Gesetzentwurf zusätzlich noch in den Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform überwiesen werden soll, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegen- stimmen? - Enthaltungen? - Danke schön. Damit ist mehrheit- lich beschlossen, daß dieser Gesetzentwurf zusätzlich in den Ausschuß für Verfassungs- und Verwaltungsreform überwie- sen wird.

Jetzt möchte ich abstimmen über die Überweisung an den fe- derführenden Innenausschuß zur Mitberatung durch den Rechtsausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Soziales und den Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform. Wer für die Überweisung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist mehr- heitlich die Überweisung beschlossen.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 11:

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Jugend und Sport

Antrag der Fraktion der SPD in der Volkskammer zur Sportförderung

(2. Lesung).

(Drucksache Nr. 56 a)

Ich bitte Sie, diese Drucksache in die Hand zu nehmen und zu lesen.

Meine Damen und Herren! Nach einer Vereinbarung im Präsi- dium soll zu diesem Tagesordnungspunkt eine Aussprache nicht stattfinden.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD zur Sportförderung, verzeichnet in der Drucksache Nr. 56. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Ist das ein Novum? Wir sollten uns auch einmal freuen.

(Beifall)

Stimmenthaltungen? - Es waren keine Gegenstimmen, nur Stimmenthaltungen, das hat es auch noch nicht gegeben. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen worden.

Meine Damen und Herren! Ich komme jetzt zum Schluß unse- rer Tagesordnung mit dem Hinweis, daß unsere nächste Tagun- gen morgen früh, also am Freitag, 22. Juni, um 8.00 Uhr sein wird.

Die Tagung ist hiermit geschlossen. Erlauben Sie mir aber noch ein Wort. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Nach- hauseweg und, weil es heute noch sehr früh ist, einen angeneh- men Abend.

Auf Wiedersehen!

Ende der Tagung: 19.30Uhr

Schriftliche Antworten auf Fragen von Abgeordneten

Anlage 1

Antwort des Staatssekretärs im Ministerium für Regionale und Kommunale Angelegenheiten, Herrn **Jürgen Klingbeil**, auf die Frage des Abgeordneten **Dr. Frieder Werner (PDS)** - Druck- sache Nr. 60, Frage 22 -

Frage 22

„Mit unserer Beschlußfassung zur Auflösung der Bezirksta- ge und zum Einsatz von Regierungsbevollmächtigten haben wir auch die monatliche Beratung der Regierungsbevoll- mächtigten mit den Volkskammerabgeordneten des jeweili- gen Bezirkes festgelegt. Eine wesentliche Voraussetzung für unser effektives Wirken in den Bezirken ist meines Erachtens eine eindeutige Information bzw. Regelung über die beiderseitigen Rechte und Pflichten des Regierungsbe- vollmächtigten und der Volkskammerabgeordneten. Da der Arbeitsprozeß in den Bezirken schnellstens in Gang kommen muß, stelle ich die Frage, wann und in welcher Form werden wir darauf entsprechend vorbereitet?“

Antwort

Auf der Grundlage des Volkskammerbeschlusses vom 17.5. 1990 zur Beendigung der Legislaturperiode der Bezirkstage wurde vom Ministerpräsidenten eine Verfügung erlassen, die die Stellung, die Aufgaben und die Befugnisse der Regierungs- bevollmächtigten regelt. Danach hat der Regierungsbevollmäch- tigte im Sinne der Auftragsverwaltung die Durchführung der